



Hilfe, Sicherheit und Integration sicherstellen

Die Kriegsführung von Wladimir Putin in der Ukraine macht auch vor Attacken auf Zivilisten, Frauen und Kinder nicht halt. In so einer Situation gilt unsere ganze Solidarität der Ukraine und dem ukrainischen Volk. Dazu gehört, dass neben den wichtigen Hilfen für die Menschen im Kriegsgebiet, wir uns speziell um diejenigen kümmern, die als Kriegsflüchtlinge zu uns kommen. In den weit überwiegenden Fällen sind das derzeit Frauen, Kinder und Jugendliche. Den Schutz für sie müssen wir jetzt in den Vordergrund stellen und ihre Integration ermöglichen. Die polnische Regierung zeigt, wie es geht: dort sind Anlaufstellen schnell entstanden, ehrenamtliche Hilfeleistungen sind gut organisiert und Behörden arbeiten Hand in Hand. Alle ankommenden Kriegsflüchtlinge werden mit einer Identifikationsnummer für den Zugang zu sozialen Leistungen und für gesellschaftliche Teilhabe ausgestattet und digital registriert. Ehrenamtliche Unterstützer, Fahrer und Anbieter von Unterkünften werden identifiziert, und so eine humanitäre und sichere Verteilung der An-kommenden gewährleistet.

Deswegen hat die Unionsfraktion die Ampel-Koalition mit einem Antrag in dieser Sitzungswoche des Bundestages u.a. aufgefordert:

- im Bundeskanzleramt einen Krisen- und Koordinierungs-Stab einzurichten, der die Unterstützung der ukrainischen Kriegsflüchtlinge in Deutschland gemeinsam mit den Ländern und Kommunen organisiert, sowie einen nationalen Flüchtlingsgipfel im Bundeskanzleramt durchzuführen;
- eine durchgehende Registrierung und Personenfeststellung unmittelbar nach oder bei Grenzübertritt sicherzustellen sowie eine digitale Registrierung der ukrainischen Kriegsflüchtlinge plus eine digitale Schnittstelle mit den Anrainerstaaten der Ukraine zu entwickeln;
- in Zusammenarbeit mit den Anrainerstaaten der Ukraine, insbesondere mit Polen, koordinierte Beförderungsabläufe der planbaren Sonderzüge und -busse zur deutschlandweiten und europaweiten Unterbringung der Kriegsflüchtlinge zu schaffen;
- auf einen gleichmäßigen bundesweiten und europäischen Verbleib der Kriegs-flüchtlinge hinzuwirken, insbesondere unter dem Gesichtspunkt einer optimalen Nutzung von Versorgungsstrukturen (Wohnraum, Kinderbetreuung, Schulplatzversorgung);
- unverzüglich alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen um die kriegsgeflüchteten Frauen, Kinder und Jugendliche vor Kriminellen, die ihre Lage z.B. für Menschenhandel, ausnutzen, zu schützen;
- zur Erleichterung der Kontaktaufnahme mit ihren Angehörigen und Hilfsangeboten flächendeckend allen ankommenden Frauen eine SIM-Karte mit Startguthaben zu übergeben;
- die Länder und Kommunen bei der Integration der Kinder und Jugendlichen in das Bildungs- und Betreuungssystem (incl. der außerschulischen Angebote) pragmatisch zu unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,



nach dem Abzug der russischen Truppen aus Butscha Ende März erreichten uns Bilder schlimmster Kriegsverbrechen. Es wurden die Leichen hunderter ukrainischer Zivilisten entdeckt, die gefoltert, geschändet und ermordet worden sind. Das berührt mich sehr und macht uns alle wütend und fassungslos.

Umso wichtiger ist es, dass Deutschland eine Führungsrolle bei der Unterstützung der Ukraine einnimmt. Mit seinen in der dieswöchigen Fragestunde des Bundestages gegebenen Antworten und dem zaghaften Vorgehen wird Bundeskanzler Scholz der Verantwortung Deutschlands in dieser schlimmen Situation nicht gerecht.

Aus meiner Sicht hat die Ampel-Koalition nicht alles getan, um Putin zu stoppen. Statt zu agieren, reagiert die Bundesregierung nur auf Druck von außen. Auch bei der Lieferung von Waffen zur Selbstverteidigung der Ukraine liefert die Bundesregierung zu wenig, zu langsam und zu spät. Das kleine Estland schafft es, mehr zu liefern und auch noch schneller als das große Deutschland, das ist bitter und für die Ukraine sehr enttäuschend.

Auch für den Schutz, die Hilfe und die Integration ukrainischer Frauen und Kinder in Deutschland muss die Ampel-Koalition deutlich mehr tun. Für die enorme Hilfsbereitschaft bin ich den Bürgerinnen und Bürgern sehr dankbar.

Ohne dieses starke Engagement wäre die schnelle Hilfe für die Menschen, die zu uns kommen und für die, die in der Ukraine bleiben, nicht möglich. Die Bundesregierung wirkt mit ihren Aufgaben allerdings hilflos und überfordert.

Es gibt nach wie vor keinen belastbaren Plan, keine flächendeckende Registrierung bei der Ankunft und kein wirksames Schutzkonzept für die Kriegsflüchtlinge. Dabei ist eine gute Organisation die Voraussetzung dafür, dass Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen und Kinder gelingt. Mit der mangelhaften Gesamtorganisation werden Länder, Kommunen und Sozialeinrichtungen im Regen stehen gelassen, denn das Chaos behindert leider eine zielgerichtete finanzielle Unterstützung der Einrichtungen vor Ort.

Deswegen muss Olaf Scholz jetzt endlich das Heft des Handelns in die Hand nehmen und die Aufgabe zur Chefsache erklären.

Herzliche Grüße aus Berlin und bitte bleiben Sie gesund! Ihr

Dr. Günter Krings, MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW

Foto: Tobias Koch

Alleinerziehende in der aktuellen hohen Inflation nicht allein lassen

Alleinerziehende tragen oft alleine eine doppelte Verantwortung. Viele arbeiten in Teilzeit und machen dafür Abstriche bei ihrem Verdienst. In den vergangenen Monaten hat die Inflationsrate in Deutschland stark zugelegt. Die Verbraucherpreise im März lagen 7,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats, wie das Statistische Bundesamt am 30. März 2022 bekannt gab. Insbesondere die Heizkosten und die Preise für Lebensmittel haben sich hierbei stark verteuert. Auch Mieten und Immobilienpreise sind in den letzten Jahren massiv angestiegen. Dies gilt insbesondere für Ballungsräumen, in denen viele Alleinerziehende leben.

Laut einer aktuellen Yougov-Umfrage im Auftrag der Postbank sind nach eigenen Angaben 17 Prozent der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 2.500 Euro wegen gestiegener Preise kaum noch in der Lage, die regelmäßigen Ausgaben zu stemmen. Diese Problematik betrifft überproportional Alleinerziehende. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung aus dem Juli 2021 zeigt, dass beinahe die Hälfte aller Alleinerziehenden als einkommensarm gilt und mit ihren Kindern in prekären Verhältnissen lebt.

Es darf nicht sein, dass alleinerziehende Eltern von Armut bedroht sind, zumal die meisten berufstätig sind. Beispielsweise sind unter alleinerziehenden Müttern gemäß der oben erwähnten Bertelsmann-Studie 71 Prozent berufstätig, fast die Hälfte arbeitet in Vollzeit oder nahe daran.

Deswegen fordert die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf, als Sofortmaßnahme für Alleinerziehende

- den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 5.000 Euro anzuheben, perspektivisch aber eine Umwandlung des Entlastungsbetrags in einen Steuerabzugsbetrag, das heißt Abzug von der Steuerschuld, zu prüfen;
- das Kindergeld nur hälftig auf den Unterhaltsvorschuss anzurechnen;
- kurzfristig und unbürokratisch einen Kinderbonus in Höhe von 150 Euro einzuführen;
- den Freibetrag nach § 17 Nummer 3 Wohngeldgesetz für Alleinerziehende um 20 Prozent nochmals anzuheben.

Weltweite Nahrungsmittelversorgungskrise abwenden

Der Krieg und die daraus folgenden Handelsverwerfungen, insbesondere beim Handel mit Getreide, Ölsaaten und Eiweißpflanzen, können aber auch den Hunger in der Welt deutlich verschärfen. Die Versorgung mit Lebensmitteln in der EU und in Deutschland ist derzeit nicht gefährdet. Aber über längere Zeit könnte die Ukraine aufgrund des Krieges und der Zerstörungen als einer der weltweit wichtigsten Getreidelieferanten ausfallen, was vor allem zu Lasten der Versorgung von Abnehmern in Afrika, Nahost und Asien ginge. Arme Menschen, die vielfach noch an den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie leiden, werden auch von dieser Krise in besonderer Weise getroffen sein. Steigende Energie- und Nahrungsmittelpreise werden gerade auch arme Länder, die auf Importe angewiesen sind, stark treffen und die Überschuldung vieler Länder weiter erhöhen. Allein die Ukraine, die auch häufig die Kornkammer Europas genannt wird, produzierte mehr als 50 Prozent der Weizenlieferungen des Welternährungsprogramms (WFP).

Die Folgen von Ernährungskrisen können wiederum Konsequenzen haben, die weit über die Frage der Nahrungsmittelsicherheit hinausreichen. Politische Instabilität, Konflikte und Fluchtbewegungen können durch Hunger und Not ausgelöst werden. Es ist Aufgabe der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit, aber auch in unserem ureigenen deutschen Interesse, solchen Tendenzen vorzubeugen und zur Stabilität beizutragen. Daher darf die Bundesregierung ihren Blick nicht nur auf Deutschland und Europa werfen, sondern muss bereits jetzt an morgen und an über-morgen denken und zielgerichtet und global handeln.

Die Bundesregierung muss unseren Landwirten gestatten, alle verfügbaren Flächen für den Anbau von Nahrungsmitteln zu nutzen. Wie das gehen kann, zeigen wir in unserem Antrag auf. Darüber hinaus müssen wir die sozialen Folgen von Preissteigerungen und Inflation im Blick behalten. Wir müssen die Auswirkungen der steigenden Preise für die Menschen in Deutschland stärker dämpfen. Das in dieser Woche vorgelegte Regierungspaket kann nur ein erster Anfang sein. Da muss mehr kommen.

Impressum:

Ausgabe Nr. 06/2022,
08. April 2022

Landesgruppe NRW der
CDU/CSU-Fraktion im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:

fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth,
Fabian Bleck